

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 49

Vorwort: Nochmals zur Frage des Osthandels
Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

A.Z. Bern I

Schweizer Kommentare für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Kasachstan (4 und 5)
Schweizer Menschenhändler
und Kulaken (6 und 7)

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Postfach 1178, Bern-Transit
Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger
Verwaltung: Oswald Schürch
Postcheck: III 24616, Telefon: 2 77 69, Druck: Verbandsdruckerei AG Bern
Jahresabonnement Fr. 20.— Halbjahr Fr. 11.— Vierteljahr Fr. 6.— 50 Rp.

2. Jahrgang, Nr. 49

Bern, 13. Dezember 1961

Erscheint wöchentlich

Nochmals zur Frage des Osthandels

Zu dieser Frage haben wir uns wiederholt geäußert und unserer Gegnerschaft zum Osthandel Ausdruck verliehen. Wir müssen heute feststellen, dass unsere Auffassung nicht überall verstanden worden ist. Deshalb legen wir unsere Ansicht einmal mehr dar und fassen die Thesen unserer Argumentation nochmals zusammen:

1. Ein kommunistisches Land betreibt nur deshalb Handel mit einem nichtkommunistischen Land, weil es das politische Ziel anstrebt, dadurch die Macht des kommunistischen Blocks zu stärken und die Ausgangsstellungen zur Erringung der kommunistischen Weltherrschaft zu vermehren. Die Organisation des sowjetischen Aussenhandels mit seinem Aussenhandels- und Devisenmonopol sowie die Geschichte des sowjetischen Aussenhandels seit 1918 (KB Nrn. 37 und 38/1960) beweisen diese Feststellung eindeutig. Der sowjetische Aussenhandel dient auch dann der politischen Zielsetzung, wenn scheinbar wirtschaftliche Motive im Vordergrund stehen. Auch die auf Kosten des Lebensstandards forcierte Entwicklung der Schwerindustrie entspringt vor allem politischer Absicht.

2. Der Osthandel ist für die freien unabhängigen Länder deshalb sehr problematisch, weil mit dem Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen auch die Gefahr der politischen Abhängigkeit wächst. Immer dann, wenn in der freien Welt der Herstellung wirtschaftlicher Kontakte das Motiv des Gewinnstrebens zugrunde liegt, entsteht zumindest eine wirtschaftliche Abhängigkeit, die sich sofort politisch auswerten lässt.

3. Um den Osthandel zu bekämpfen, muss an die staatsbürgerliche Haltung des ganzen Volkes appelliert werden. Die Unternehmer sollten den Import und Export von und nach dem Ostblock unterlassen, und der Verbraucher sollte dadurch, dass er den Kauf solcher Waren verweigert, die Gewinnaussichten auf Osteinfuhren zerstören. Durch einen Verzicht auf Kompensationsgeschäfte könnte der Export nach dem Osten gehemmt werden.

4. Der moralische Aufruf muss indessen durch weitere Massnahmen ergänzt werden. Die Erfahrung lehrt nämlich, dass der Appell an die staatsbürgerliche Einsicht allein nicht wirksam genug ist. Die gefühlsbetonte Einsatzbereitschaft, die unter besonderen Umständen hervorgerufen werden kann, verliert in der Regel rasch an Wirksamkeit. Um das Ziel eines kontrollierten Osthandels oder die Konzipierung einer eigentlichen Osthandelsstrategie zu

erreichen, sind weitere Massnahmen notwendig, wobei wir zunächst an die Einsetzung einer nationalen *Studienkommission* denken, die das Problem des Osthandels erforschen und beurteilen sowie *Richtlinien* erlassen sollte, denen durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung Nachachtung zu verschaffen wäre.

5. Ein *staatliches* Verbot des Osthandels ist dagegen unmöglich, weil die rechtlichen und politischen Voraussetzungen dafür nicht gegeben sind. Die Rechtsordnung der demokratischen Staaten müsste durch Notstandsbestimmungen ergänzt werden, um ein solches Verbot aussprechen und anwenden zu können. Auch fehlt hierfür die politische Voraussetzung der Einheit und Solidarität unter den Ländern der freien Welt. Ein Osthandelsverbot müsste aber unwirksam sein, wenn der in einem Land verbotene Osthandel durch Drittländer übernommen würde. Ueberdies fehlt gewissermassen eine «moralische» Voraussetzung, nämlich die Opferbereitschaft. Sollte es jedoch der freien Welt gelingen, die heute noch divergierenden Auffassungen bezüglich des Osthandels im Rahmen einer koordinierten Osthandelspolitik auf einen gemeinsamen Nenner zu reduzieren, so könnte der Osthandel auch vom Westen aus für die Erreichung politischer Ziele eingesetzt werden.

Dies ist, kurz zusammengefasst, unsere Stellungnahme zum Problem des Osthandels, wie wir sie immer vertreten haben. Nach unseren Feststellungen gab besonders das Postulat einer eigentlichen Osthandelsstrategie Anlass zu Unklarheiten. Weil wir die Notwendigkeit unterstrichen, wirtschaftliche Beziehungen unter bestimmten Bedingungen als politische Waffe einzusetzen, ist offenbar der Eindruck entstanden, dass wir den Osthandel befürworten oder zumindest ein Türchen zu seiner Rechtfertigung offen liessen. Dies trifft nicht zu. Unsere Forderung nach einem «gelenkten und koordinierten Osthandel» basiert auf der eindeutigen Verurteilung der heute befolgten Osthandelspraxis, die vor allem vom Motiv des Gewinnstrebens beherrscht wird und die die Dimension einer politischen Waffe für den Westen nicht besitzt.

Als Osthandel ist der punktuelle und unkoordinierte, zumeist auf der Absicht der Gewinnrealisierung basierende direkte oder indirekte (über Drittländer geleitete) Export westlicher Waren nach dem Ostblock bzw. der Import von Ostblock-Waren zu verstehen. Der Einsatz wirtschaft-

licher Beziehungen als politische Waffe (wie beispielsweise etwa die Einfuhr von Zeitungen zur Unterlagenbeschaffung) im Rahmen des Kalten Krieges ist somit kein Osthandel in diesem Sinne, sondern Bestandteil einer *wirtschaftlichen Kriegsführung*, weil hier das materielle Gewinnmotiv keine Gültigkeit mehr hat und die Zuständigkeit nicht in den Bereich des einzelnen Unternehmens fällt, sondern einer aus politischer Sicht handelnden Zentralstelle vorbehalten ist.

Durch die Begriffsabgrenzung hoffen wir, die nötige Klarheit geschaffen zu haben. *Wir sind gegen jeden Osthandel in der heutigen Form*, aber für den Einsatz wirtschaftlicher Mittel als politische Waffe. Unsere Haltung kann von keinem Osthändler als Rechtfertigung seiner Geschäfte herangezogen werden. Wir unterstützen nach wie vor den Aufruf zum Verzicht auf Osthandelsgeschäfte und setzen uns dafür ein, dass dieser Aufruf durch wirksame Massnahmen ergänzt wird.

Unserer Stellungnahme zum Osthandel entspricht unsere Stellungnahme zu den Ostkontakten auf wissenschaftlichem, kulturellem, und sportlichem Gebiet. Der Kalte Krieg, der auf kommunistischer Seite total geführt wird, verlangt auch vom Westen ein folgerichtiges Verhalten. Wir müssen lernen, diese Beziehungen als Waffen in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zunächst zu verstehen und dann anzuwenden. Wir befürworten in Kultur, Wissenschaft und Sport keine beliebigen Kontakte; das hiesse, sich der kommunistisch gelenkten Taktik unterwerfen. Wir befürworten auch keinen blinden Boykott; denn das hiesse, eine Waffe, die der Gegner so oder so einsetzt, nicht zur Kenntnis nehmen.

Wenn westliche Kreise den unbedingten Abbruch aller Arten von Kontakten mit dem Osten fordern, wirkt das als Ablehnung des Kalten Krieges, wie er kommunistischerseits geführt wird. Es steht aber nicht in unserer Macht, ihn durch Ablehnung aus der Welt zu schaffen oder unwirksam zu machen. Viel mehr ist uns die Aufgabe gestellt, ihn zu führen und zu gewinnen.

Die praktischen Probleme sind mit dieser Einsicht freilich noch nicht gelöst, im Gegenteil, sie ergeben sich auf ihrer Grundlage erst. Ein Grund mehr, keine Zeit zu verlieren.

Peter Sager.